

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
Küchenthal, Werner Dr. Braunschweiger Min. u. Vors. des StMin.	1770	I	
katalogisiert Seite: 1-39			
Sachkatalog: Braunschweig	Personen: Küchenthal, Werner Dr. StMin. Hitler, Adolf I Klagges, Dietrich, MinPräs.		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		

1970-2
Bemerkungen z. Dokumenta-
tion "Hitler als braun-
schweig.Reg.Rat" i.VfZ
IV/1960 m. 2 Briefen v. Ge-
sandten Dr.e.h.Boden v.
3.3.u.6.5.33

Bl. 1 - 33

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. Werner Küchenthal
früher Braunschweigischer
Minister und Vorsitzender
des Staatsministeriums

(20b) Hedeper, d.25.Mai 1961.
Hof Nr. 48
über Börßum-Land
Kreis Wolfenbüttel

Sehr geehrter Herr Dr. Morsey,

im Anschluß an mein Antwortschreiben auf Ihr Schreiben vom 29.12.1960 möchte ich aus meinem umfangreichen Material über die Vorgänge bei der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig mit der Anlage einige Punkte herausgreifen, die die Schilderung der Dokumentensammlung hinsichtlich der Ernennung Hitlers zum Regierungsrat teils ergänzen, teils berichtigen sollen.

Ich bitte Sie, Verständnis dafür zu haben, daß ich entsprechend meinem bei der gemeinschaftlichen Unterhaltung mit dem Staatsarchivdirektor, Herrn Dr. Kleinau, Wolfenbüttel, ausgesprochenem Vorbehalte die Angelegenheit zunächst mehreren interessierten und in der Sache berufenen Persönlichkeiten zur Kenntnis bringen und erst dann Juristen zur Prüfung und weiteren Veranlassung vorlegen werde.

Mit frdl. Empfehlungen
Ihr sehr ergebener

Küchenthal

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 2868/62	Best. ZS-1770
Rep.	Kat. v. Mei

Dr. Küchenthal
früher
Braunschw.Minister

(20b) Hedeper, d.25.5.1961
Hof 48
über Börssum Land

Einige Bemerkungen zur
Dokumentation

Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat
in

Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte
Heft 4 / Oktober 1960
Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart

I. Eine mit Kritik versehene Aneinanderreihung von unvollständigen Dokumenten und Angaben ohne dokumentarische Belegung können der historischen Wahrheit über die Vorgänge bei der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig nicht gerecht werden, wenn nicht gleichzeitig die damalige politische und wirtschaftliche katastrophale Lage des Reiches und deren Ursachen sowie die besondere politische Lage des Landes Braunschweig, in dessen Regierungsmehrheit damals die Nazis schon sehr stark vertreten waren und später nach Übertritt des Präsidenten und des Syndikus der Handwerkskammer zu den Nazis entsprechend dem geschlossenen Übertritt des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes die Mehrheit bekamen, und die Beweggründe der einzelnen handelnden Personen, die keinesfalls sämtlich die gleichen waren, sowie meine Sonderstellung als politischer Minister der vereinten bürgerlichen Parteien und gleichzeitig beurlaubter Reichsfinanzbeamter, dem bei der Beurlaubung die Beobachtung absoluter Loyalität gegenüber dem Reich auferlegt war, dargetan werden und schließlich die Einbürgerung in Braunschweig nicht gesondert für sich sondern in Verbindung und Vergleich mit den Vorgängen behandelt wird, die es Hitler ermöglicht haben, auf legalem Wege unbestimmt die Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen.

In dieser Hinsicht beziehe ich mich auf die weinerzeit in der gesamten Presse eingehend erörterten Verhandlungen im Entnazifizierungsverfahren gegen den früheren demokratischen württembergischen Minister und Reichstagsabgeordneten Dr. Reinhold M a i e r, der in Gemeinschaft mit allen Abgeordneten des Reichstages - mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die aber durch Fernbleiben von der Sitzung einen gültigen Beschluß hätten verhindern können -, insbesondere mit seinen Parteifreunden, darunter dem Professor Dr. Theodor H e u B, dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat und damit nach Auffassung eines internationalen sachverständigen Gremiums, des amerikanischen Hauptanklägers im Nürnberger Prozeß vom 21. November 1945, sowie des Alterspräsidenten Paul L ö b e (SPD) bei Eröffnung des Bundestages in Bonn durch Zwischenruf, der einer anwesenden prominenten Persönlichkeit gelten sollte, die Machtergreifung erst ermöglicht hat. Dagegen ist in dem am 30. Septem-

ber 1946 mit der Überschrift "Das Naziregime in Deutschland. Ursprung und Ziel der Nazi-Partei" verkündeten Urteils die Einbürgerung Hitlers mit keinem Wort erwähnt, ebenso wie diese auch nicht in dem sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß oder in dem Spruchkammerverfahren gegen v. Papen, Schacht, Oberst v. Hindenburg oder anderer prominenten Persönlichkeiten erörtert ist.

Dr. Maier hat im Entnazifizierungsverfahren zum Vortrag gebracht, daß er wie seine Freunde aus dem politischen Kalkül gehandelt habe, dadurch den Reichstag vor der vorzeitigen Auflösung zu bewahren in der Erwartung, daß in der Zwischenzeit durch Besserung der wirtschaftlichen und innen- und außenpolitischen Verhältnisse und durch Zerfall der NSDAP der Alleinherrschaft dieser Partei ein Ende bereitet würde. Für die Beurteilung dieses Aktes sei ein Entnazifizierungsausschuß nicht zuständig, er sei dazu auch nach Ablauf von soviel Jahren in seiner Zusammensetzung gar nicht fähig. Die Spruchkammer Stuttgart hat alsdann in Übereinstimmung mit der Auffassung des amerikanischen Hochkommissars mit Recht entschieden, daß bei dieser Sachlage ein Tatbestand vorliege, der nicht unter das Entnazifizierungsgesetz falle und Dr. Maier deshalb als vom Gesetz nicht betroffen bezeichnet.

Das Kalkül der Bürgerlichen Einheitsliste im Braunschweiger ~~Landtag~~ Landtage, das im Gegensatz zum Kalkül der Ermächtigungsgesetzler Erfolg hatte, war, wie unten darzulegen ist, ein gleiches hinsichtlich der Vermeidung der vorzeitigen Auflösung des braunschweigischen Landtages.

- II. Zur zweimaligen Wahrnehmung der Geschäfte eines braunschweigischen Ministers erbat ich mir als damaliger Reichsfinanzbeamter Urlaub von meiner vorgesetzten Dienststelle, dem Reichsfinanzministerium auf je ein Jahr mit Aussicht auf Verlängerung des Urlaubs im Bedarfsfalle. Er wurde mir erteilt, beim ersten Mal durch den Staatssekretär Professor Dr. Popitz und beim zweiten Mal durch den Staatssekretär Dr. Zarden (Demokrat).

Dr. Popitz bezeichnete es nach meinen stenographischen Aufzeichnungen als eine selbstverständliche Bedingung, daß ich mich bei meiner Amtsführung als Minister gegenüber der Reichsregierung völlig loyal verhalten müsse, wenn ich nicht den sofortigen Widerruf des Urlaubs und den Verlust meiner besonders guten Beförderungsaussichten riskieren wollte. Er betonte dabei, daß das bekanntlich sich besonders verhängnisvoll auswirkende, auf dem Artikel 17 der Weimarer Verfassung beruhende parlamentarische Regierungsprinzip in den Ländern jede Verantwortung der Landesregierung gegenüber der Reichsregierung unmöglich machte. Es führe zum Recht der Länder auf eigene, selbständige, unabhängige Politik, die sich auch gegen die Reichspolitik richten könnte. Hierbei die erforderlichen Grenzen innezuhalten, sei, so betonte Prof. Dr. Popitz, meine besondere Pflicht. Andererseits sagte er mir im Bedarfsfalle seine jederzeitige Unterstützung zu mit dem Bemerkem, daß bekanntlich der Arm des Reichsfinanzministers länger sei als der Arm des Finanzministers eines kleineren Landes. Von diesem Angebot habe ich des öfteren mit Erfolg Gebrauch gemacht. Mir gelang es in kürzester Frist, die völlig zerrüteten Finanzen des Landes Braunschweig in Ordnung zu bringen, insbesondere in schwierigster Zeit die großen kurzfristigen Schulden des Landes zu konsolidieren. Das Reich ließ auf meinen Wunsch unentgeltlich die Verwaltung gewisser braunschweigischer Landessteuern durch die Finanzämter verwalten. Ich war der erste Länderfinanzminister, der den Reichssparkommissar, ohne daß dem Lande dadurch Kosten erwachsen, ins Land berief und dadurch im Laufe einiger Jahre die Ausgabeseite des Staatshaushalts um viele Millionen gesenkt wurden, und ich dadurch in die Lage versetzt wurde, den Plan des Staatshaushalts 1932 zum ersten Male nach vielen Jahren völlig ausgeglichen dem Landtage vorzulegen. Mein Vorgehen machte insofern Schule, als mehrere andere Länder und zahlreiche Städte meinem Beispiel folgten und ebenfalls mit Erfolg die Hilfe des Reichssparkommissars in Anspruch nahmen. Ich verfaßte auch eine größere Studie über den Finanzausgleich (besonders hinsichtlich der Gemeinden), die besondere Anerkennung im Reichsfinanzministerium fand. So wurde ich später auch

von den Länderfinanzministern der mittleren und kleineren Länder zum Sprecher bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium und bei einem Vortrage bei dem Reichskanzler Dr. Brüning über Fragen des Finanzausgleichs gewählt.

Als ich bei meiner zweiten Wahl zum braunschweigischen Minister um Urlaub bei dem späteren Staatssekretär Dr. Zaren (Demokrat, Staatspartei) bat, stellte ich die Frage, ob Bedenken gegen die Zusammenarbeit mit einem nationalsozialistischen Minister (Franzen) bestünde. Zarden verneinte diese Frage, forderte aber von mir dasselbe loyale Verhalten, wie ich es früher der Reichsregierung gezeigt hätte, und sagte mir jederzeit seine Hilfe zu. Davon mußte ich leider des öfteren Gebrauch machen. Als am 27. Oktober 1930 der Reichsinnenminister Dr. Wirth an die Braunschweigische Regierung zu meinen Händen als dem Vorsitzenden des Staatsministeriums anlässlich des Falles des nationalsozialistischen Ministers Franzen, dem das Vergehen der Begünstigung vorgeworfen wurde, ein Schreiben richtete, in dem er sich die Entscheidung über die weitere Zahlung der - im Landeshaushalt unentbehrlichen und hohen - Polizeikostenzuschüsse namens des Reiches vorbehielt, habe ich unter Klärung der von politischen Gegnern entstellt nach Berlin weitergegebenen Berichte (Franzen wurde freigesprochen) durch Vermittlung des späteren Staatssekretärs Zarden erreicht, daß eine Sperre der Polizeikostenzuschüsse nicht erfolgte.

Als der Reichskanzler Dr. Brüning zugunsten der allgemein notleidenden und finanzschwachen Kommunen die Bürgersteuer mit einem Mindest- und einem Höchstsatz einführte und den Ländern die Festsetzung des Landessatzes überließ, richtete der dafür zuständige braunschweigische Nazi-Innenminister Dr. Franzen an den Landtag den Antrag, den Landessatz (etwa in der Mitte) festzusetzen. Dessen eigene Nazi-Fraktion lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß die Bürgersteuer eine "Negersteuer" sei, ein Streich, der von den Nazi-Blättern noch besonders herausgestrichen wurde. In dieser prekären Situation, die für Franzen eine völlige unerwartete Enttäuschung und für die Kommunen den Ausfall von nicht zu entbehrender Hilfe bedeutete - sie wurde in

allen anderen Ländern eingeführt - und aus der Franzen selbst keinen Ausweg zu finden vermochte, bedurfte es nur eines kurzen Besuches meinerseits bei dem Staatssekretär Dr. Zarden um zu erreichen, daß an einem der nächsten Tage entsprechend meinem Vorschlage durch eine Reichsverordnung bestimmt wurde, daß bis zur Festsetzung des Landessatzes durch die Parlamente der Länder der Mindestsatz als Landessatz zu gelten habe. Damit erhielten unsere Kommunen wenigstens den Mindestsatz der Bürgersteuer zur Besserung ihrer Finanzen. (Daß die Nazis später ihre "Negersteuer" noch besonders verfeinerten und verewigen ~~wollten~~, mag am Rande bemerkt werden.)

III. Es fehlten an Dokumenten für die ersten Besprechungen zwischen den beiden Ministern über eine etwaige Einbürgerung Hitlers durch seine Ernennung zum Beamten sowie darüber, was Klagges, der doch ~~vixixspäter~~ nach dem viel später veröffentlichten Tagebuch von Goebbels Hitler in Braunschweig die Professur an der Technischen Hochschule verschaffen sollte, auf den Eingang der unter "sofort" verlangten Gutachten der Referenten veranlaßte. Neutrale Dokumente kann ich auch nicht vorlegen, weil hier der übliche Geschäftsgang wegen der Vertraulichkeit von Klagges, der überdies das Verdienst, "seinen Führer eingebürgert zu haben", ganz allein für sich in Anspruch nehmen wollte und deshalb seine Fraktion zunächst überhaupt nicht verständigte, nicht innegehalten wurde. Ich besitze nur eigene Aufzeichnungen und das Stenogramm eines von meiner Sekretärin aufgenommenen Briefes, deren Inhalt aber ohne weiteres wegen der Goebbel'schen Aufzeichnung Glaubwürdigkeit beanspruchen darf.

In der Überzeugung, daß die Nazis mit dem Einbürgerungsversuch kommen würden, habe ich aus Gründen der Vorsicht - aufgrund übler Erfahrungen, die Dritte gemacht hatten - den Inhalt meiner stenografischen Notizen in der Niederschrift vom 13. Februar 1932 festgehalten, die ich sofort einem Ministerialrat im verschlossenen Umschlag zur einstweiligen Aufbewahrung übergab und später nach Vollzug der Anstellung zur Kenntnis brachte; sie lautet:

"Vermerk.

Am Dienstag, dem 2. Februar 1932, habe ich mich rein persönlich mit Herrn Minister Klagges über die Berliner Zeitungsmeldungen wegen einer etwaigen Ernennung Hitlers zum Professor an der Techn. Hochschule hier oder zum Reichsratsbevollmächtigten unterhalten. Wir haben uns beide gegenseitig bestätigt, daß uns von solchen Plänen nicht das geringste bekannt sei.

Am 4.2.32 gegen abend teilte mir Kollege Klagges mit, daß er von München aus (Göring) angerufen und zu einer Besprechung in Angelegenheit Hitler zum 5.2.32 nach Berlin gebeten sei.

Ich habe sofort erklärt, daß ich weder privat noch als Deutschnationaler noch als Minister noch als Minister der Bürgerl. Einheitsliste zu einer etwa beabsichtigten Einbürgerung Stellung nehme, sondern mir diese ausdrücklich vorbehalten müsse. Ich habe betont, daß unter Vorbehalt alles Weiteren ich niemals etwas unternehmen würde, was contra legem wäre oder auch nur nach einem Verstoße gegen das Gesetz aussehen könnte.

Am Sonntag, dem 7.2.32 habe ich mich auf Wunsch des H. Kollegen Klagges im Staatsministerium eingefunden. Dort hat mir H. Kollege Klagges mitgeteilt, daß in nationalsozialistischen Kreisen ernstlich erwogen werde, Hitler in Br. durch "Anstellung als Beamter" die Staatsangehörigkeit zu verleihen.

Ich habe auch hier wiederholt, was ich am 5.2.32 erklärt hatte, daß ich mir jede Stellung vorbehalten müsse, daß ich niemals gegen das Gesetz verstoßen würde und daß ich eine solche Frage, wenn sie an mich dienstlich herantrete, erst nach Anhörung meines Landesvorstandes und nach Anhörung der Bürgerlichen Einheitsliste, deren Minister ich sei, entscheiden könne. Ich habe erklärt, daß ich gegen eine Prüfung durch den zuständigen H. Minister Klagges nichts einzuwenden hätte und daß, wenn eine Kabinettsentscheidung gewünscht werde, ich mir zuvor eine

eingehende Prüfung vorbehalten müsse. Ich habe mir also jede Stellungnahme vorbehalten.

Am 8.2.32 früh hat mir H. Kollege Klagges mitgeteilt, daß er die beabsichtigte Prüfung (durch OLG. Wanstrat) einstweilen zurückstellen werde und mich gebeten, die Sache vor der Hand streng vertraulich zu behandeln.

gez. Dr. Küchenthal 13/2.32

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Braunschweig, den 8. Mai 1945

gez. Margarete Gent."

Ich habe dem Gesandten Boden am 2.2.1932 früh - unsere Fernsprechanmeldungen kreuzten sich - erklärt, ich könne die Meldung, daß Hitler eventuell zum Reichsratsbevollmächtigten ernannt werden sollte, nur als baren Unsinn bezeichnen. Ob wegen der Ernennung Hitlers zum Professor an der Technischen Hochschule etwas im Gange wäre, wisse ich nicht, ich würde aber Klagges darüber befragen. Das ist, wie vorstehend geschildert, geschehen.

Hiernach, das möchte ich betonen, kann ich ein irreführendes Dementi (Anm. 44) nicht herausgegeben haben.

Zu S. 432:

Was veranlaßte Klagges aufgrund des unter "sofort" angeforderten Gutachtens?

Zunächst muß ich erklären, daß dieses Gutachten nicht erst am 19. Februar vorgelegt sein kann. Nach meinen beweiskräftigen Unterlagen muß es dem Minister Klagges spätestens am 15. Februar früh vorgelegt worden sein, weil an diesem Tage Klagges mir in meinem Dienstzimmer die Urkunde über die Ernennung Hitlers zum außerordentlichen Professor der Technischen Hochschule zu Braunschweig in der von ihm bereits vollzogenen Urschrift und Reinschrift mit dem Ersuchen um sofortige Mitzeichnung vorlegte und dabei bemerkte, daß, wenn ich etwa Bedenken hinsichtlich der Rechtelage hätte, die zuständigen

Referenten, die die Angelegenheit in rechtlicher Hinsicht geprüft hätten, sofort zum Vortrag zur Verfügung ständen. Ich habe betont, daß mir die Rechtslage klar sei, daß ich aber unter Hinweis auf meine wiederholten Erklärungen ihm gegenüber zunächst genauestens prüfen müsse, ob etwa irgendwelche Bedenken vom ~~z~~ beamtenpolitischen Gesichtspunkt aus zu erheben seien, daß aber im übrigen die ganze Aktion nach meiner Überzeugung ausschließlich eine politische Angelegenheit sei, über die zu befinden meine Fraktion zuständig sei, die ich natürlich sofort verständigen würde. Klagges nahm davon Kenntnis und nahm die Urkunden wieder mit sich.

Wäre ich ein Freund der Nazis gewesen oder hätte ich Hitler schnellstens in den Sattel helfen wollen, so brauchte ich doch nur dem Ersuchen des Ministers Klagges zu entsprechen. Wenn also die Technische Hochschule der Notwendigkeit enthoben ist, in ihren Annalen als Professor und ersten Dozenten der politischen Wissenschaften Adolf Hitler aufzuführen, so ist das wohl meinem wohlüberlegten Vorgehen gutzubringen, und wenn zwischen den Zeilen Goebbels die Deutschnationalen wegen der Ablehnung der Professur tadelt, so hat er mich treffen wollen, der ich ja später des öfteren vom späteren Gauleiter Rust wegen dieser Ablehnung in öffentlichen Groß-Parteiversammlungen, wie mir mitgeteilt worden ist, angepöbelt worden bin.

Ich durfte im Augenblick der Vorlegung der Urkunde durch Klagges nicht grundsätzlich die Mitzeichnung ablehnen, weil in diesem Fall sofort von den Nazis ein Mißtrauensantrag gegen mich gestellt und zugleich die Auflösung des Landtags beantragt und auch erreicht worden wäre, ich im übrigen mir auch den berechtigten Vorwurf meiner Fraktion zugezogen hätte, daß ich als politischer Minister völlig versagt hätte.

Ich habe sofort den Fraktionsvorsitzenden verständigt, der bei meiner Mitteilung keinerlei Überraschung zeigte, sondern mir erklärte: "Darauf habe ich schon lange gewartet."

Am 17. Februar 1932 habe ich in der Fraktionssitzung den Vorgang geschildert und meine persönliche Auffassung dahin präzisiert,

1. daß ich aus grundsätzlichen beamtenpolitischen Erwägungen gegen Hitlers Ernennung zum Professor sei, weil er die üblichen Voraussetzungen dazu nicht erfülle,
2. daß nach meiner Meinung ein Bedürfnis für eine solche Professur nicht bestehe,
3. daß im Fall der Bejahung eines solchen Bedürfnisses, nicht der Führer einer großen Partei, sondern nur eine neutrale Persönlichkeit dafür infrage kommen könne,
4. daß, falls es zu Vorlesungen komme, nach den bisherigen ständigen terroristischen Akten zwischen Nazis und Angehörigen der Linken natürlich besonders bei dieser Gelegenheit/ständig zu den häßlichsten Zusammenstößen mit strafrechtlichen Folgen kommen würde, die dem Ansehen der Hochschule und dem Ansehen des Landes abträglich wäre.

In der Debatte wurde grundsätzlich das Verlangen der Nazis, Hitler das Bürgerrecht zu verschaffen, als berechtigt anerkannt. Auf der anderen Seite wurde kurz, aber einmütig zum Ausdruck gebracht, daß im Falle des Versagens durch die Fraktion nach der Erklärung des Vorsitzenden der Nazi-Fraktion die Koalition ihr Ende erreicht hätte und bei Neuwahl des Landtags die Bürgerlichen fast völlig aufgerieben würden, zumal irgendwelche Presse nicht mehr zur Verfügung stehen würde.

Indem man sich meinen Bedenken hinsichtlich der Professur nicht verschloß, wurde zunächst beschlossen, daß die Entscheidung nicht nach dem Ermessen des Ministers sondern durch Fraktionsbeschluß herbeigeführt werden sollte und daß in einer späteren Sitzung die Beratung fortgesetzt werden sollte, nachdem ich zuvor dem Fraktionsvorsitzenden ein Verzeichnis der nach dem Haushaltsplan noch freien Planstellen übersandt hätte. Das habe ich getan, nach meiner Erinnerung waren nur sehr wenige Planstellen der unteren Grade frei. In der Sitzung wurde ich zunächst vom

Fractionsvorsitzenden gefragt, warum ich die noch freie Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt nicht mit als frei angegeben hätte. Ich habe darauf erklärt, daß diese Stelle für mich nicht mehr frei sei, weil ich in dem dem Landtage derzeit vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans diese Stelle aus Sparsamkeitsgründen zu streichen beantragt hätte, und ich deshalb nach den Vorschriften darüber nicht mehr verfügen dürfte. (So erklärt sich dann die Wiedereinsetzung dieser Stelle durch Landtagsbeschluß.)

Wenn ich einmal mich in die Verhandlungen eingemischt und auf eine freie Kommunalbeamtenstelle hingewiesen habe, so geschah das ausschließlich aus dem Grunde, um Hitler nicht in eine Staatsbeamtenstelle gelangen zu lassen.

- IV. Nach Goebbels Tagebuch erwarteten die Nazis die Einbürgerung wohl zum 23.2.1932. Wenn Goebbels dort sagt, daß auch hier die Deutschnationalen wieder Schwierigkeiten bereitet hätten, so galt das wieder mir. Ich habe der Fraktion nach deren Beschluß wegen der Einbürgerung Hitlers erklärt, daß es meine Aufgabe sei, verschiedene Punkte zu klären, ohne diese im einzelnen darzulegen. Es war mein Pflicht als Reichsfinanzbeamter, vor meiner endgültigen Entschließung den Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Dr. Zarden von der geplanten Maßgabe zu unterrichten, ebenso war es für mich selbstverständlich, meinen Rücktritt als Minister vor Vollzug der Urkunde zu erklären, falls auch nur die geringsten Bedenken gegen meine Mitwirkung geäußert wurden. Ich war mit meiner sechsköpfigen Familie auf das Gehalt unbedingt angewiesen und wollte auch meinem, wie mir mitgeteilt wurde, guten Zukunftsaussichten nicht verderben.

Der Termin für den dringlichst für den 24. Februar 1932 erbetenen Empfang durch den Staatssekretär wurde nach Mitteilung seines Vorzimmers auf den 24. Februar 1932 gegen Mittag festgesetzt. Ich hatte so Gelegenheit, den Gesandten aufzusuchen, dem ich natürlich von dem

beabsichtigten Besuch beim Staatssekretär persönlich Kenntnis gab. Der Staatssekretär war über meine Mitteilung gar nicht im mindesten überrascht, da er ja durch die Pressenachrichten informiert war. Er erklärte zunächst sein lebhaftes Bedauern darüber, daß sich nicht früher ein Machthaber gefunden hätte, die Nazipartei zu verbieten. Jetzt sei es dazu natürlich zu spät, das wisse jedermann. Und Hitler die Einbürgerung zu versagen, sei nicht das richtige Mittel, die Partei zu schwächen. Das Gegenteil würde vielmehr der Fall sein, weil alsdann die Partei im ganzen Reich eine Großaktion starten würde. Zunächst und schnellstens müsse man mit ganz großen Mitteln die ungeheuere Arbeitslosigkeit zu mindern suchen. Er erklärte mir also förmlich, daß er keinerlei Bedenken gegen meine Mitwirkung hätte und daß mein Urlaub, falls erforderlich, wieder verlängert werden würde, falls nicht sonstige Bedenken sichtlich würden. Alsdann wurde der zuständige Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern von den Plänen verständigt.

Nachdem ich dann im Laufe des Tages nochmals mit dem Gesandten wegen der Stellungnahme Anhalts und Mecklenburg - Strelitz (das der Gesandte ebenfalls vertrat) gesprochen und in Braunschweig am nächsten Morgen festgestellt hatte, daß auch der Abgeordnete der Jungdeutsche - Staatspartei Schrader zugestimmt hatte, habe ich mich trotz inneren Widerstrebens wegen meiner gegnerischen Einstellung zur NSDAP als politischer Minister dem Beschluß der Fraktion folgend zur Durchführung des Aktes entschlossen, um ~~xxx~~ nicht das von mir vertretene Bürgertum völlig aus dem Landtag ausschließen zu lassen. Eine solche Folge mußte ich als absolut verderblich für das Land ansehen, sie wäre es auch gewesen, wie die Folgezeit es erwiesen hat.

V. Zu S. 433 und Anmerk. 65.

"Die Besprechungen - zu denen der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Quatz und anschließend Hitlers Berater Hans Frank in Braunschweig erschienen - zwischen

den Vertretern des Bürgerblocks (Zörner, Roloff, Baumann, Brandes, Wessel, Heimbs), den Staatsministern Küchenthal und Klagges sowie verschiedenen Parteiinstanzen in Berlin verliefen zu aller Zufriedenheit."

Hier fehlen die Dokumente und die Angabe der Quellen. Es ist unrichtig, daß ich an einer angeblichen Besprechung mit Quaatz und Frank teilgenommen habe, ich kann deshalb auch nicht meine Zufriedenheit über das Ergebnis der Besprechung zum Ausdruck gebracht habe. Nach meiner Erinnerung habe ich weder Quaatz noch Frank jemals persönlich kennengelernt.

Im übrigen war Zörner nationalsozialistischer Landtagspräsident, er gehörte also nicht zur "Bürgerlichen Einheitsliste".

VI. Zu S. 433, Anmerk. 65.

Heimbs, Schwager Zörner, des Nazi-Landtagspräsidenten.

Heimbs ist eine der angesehensten Persönlichkeiten der Stadt Braunschweig, Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig.

Er war stets eifrigstes Mitglied der Deutschen Volkspartei und schärfster Gegner ~~des Nationalsozialismus~~ des Nationalsozialismus. Ich weiß es, weil ich in seinem Hause verkehrte und wir beide in der Frühe öfters den größten Teil unseres Weges zur Arbeitsstätte zusammengingen.

Er hat sich für die Einbürgerung Hitlers eingesetzt und das Einverständnis des Vorsitzenden der Reichtagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dingeldey einholen lassen, weil er die Auffassung vertrat, daß es ein schweres Unrecht sei, einen Soldaten, der vier Jahre lang unter deutschen Waffen gekämpft habe, die Reichsbürgerschaft zu verweigern.

Die Amerikaner haben ja bekannterweise unmittelbar nach unserer Niederlage durch den Äther allen denen, die

für Amerika gekämpft hatten, ohne weiteres die Gewährung die Gewährung des amerikanischen Bürgerrechts angeboten. Was aber die Amerikaner als sittliche Pflicht ihres Landes betrachteten, konnte unmöglich, wenn das gleiche auf deutscher Seite geschah, verdammt werden.

Aus gleichen Gründen hat der Abgeordnete Schrader, der Abgeordnete der vereinigten Liste "Jungdeutscher Orden - Staatspartei" für sich selbst und als Vertreter der genannten Liste die Zustimmung zur Einbürgerung gegeben. Den Nazis irgendwelche Hilfsstellung zu geben, lag für ihn nicht der mindeste Anlaß vor, weil im Reiche die Nazis den Begründern seines Ordens, Mahraum, ebenso wie natürlich die demokratische Partei, die spätere Staatspartei aufs heftigste bekämpfte.

Nach einer mir 1951 von dem früheren Schriftleiter der Neuesten Nachrichten in Braunschweig Balthasar Becker gemachten Mitteilung legte die Deutsche Volkspartei (der Fraktionsvorsitzende Abgeordneter Brandes) besonderen Wert auf folgende, in den Neuesten Nachrichten am 27. Februar 1932 erfolgten Veröffentlichung:

"Auch die Deutsche Volkspartei einverstanden.

Am Mittwoch, dem 24. Februar, hielt der Vorstand der Deutschen Volkspartei im engeren Kreise eine Vorstandssitzung ab, in der man sich mit Hitlers Einbürgerungsfrage, mit der Professur und dem Beamtenposten bei der braunschweigischen Gesandtschaft beschäftigte.

Man kam zu der Auffassung, daß die Ernennung Hitlers zum braunschweigischen Beamten und seine Beschäftigung bei der Gesandtschaft die beste Lösung der Einbürgerungsfrage sei. Deshalb wurde dieser Regelung vom Vorstand der Deutschen Volkspartei auch zugestimmt.

Die Fraktion Bürgerliche Einheitsliste, zu der auch die Deutsche Volkspartei gehört, hat schon in ihrer am 22. Februar 1932 stattgefundenen Sitzung zu der Einbürgerungsfrage Stellung genommen und sich mit der nunmehr durchgeführten Lösung, die in jener Sitzung zur Debatte stand, einverstanden erklärt."

VII. Zu S. 435 zum Satz:

" - also ausgerechnet an jene Vertretung, die nach den Plänen der braunsch. Regierung mit Ablauf des Haushaltsjahres am 31.3.1932 aufgehoben werden sollte. Anmerk. 60."

Anm.60. Bei der ersten Lesung des Landesetats für 1932/33 am 17. Februar 1932 hatte Minister Küchenthal erklärt:
"Die Braunschweigische Vertretung in Berlin wird zum 1. April d.J. dem Vorgehen anderer Länder entsprechend aufgehoben. Vgl. Verhandlungen des Braunsch. Landtages 39. Sitzung S. 3934."

Diese Kritik ist völlig fehlsam, weil die Gesandtschaft tatsächlich zum 1. April 1932 aufgelöst worden ist. Der Verfasser ist hier Opfer eines Irrtums geworden.

Die außerpreußischen Bevollmächtigten zum Reichsrat mit dem Amtssitz in Berlin galten gleichzeitig als Vertreter ihrer Landesregierung bei der Reichsregierung. An dieser dem Gesandten Boden übertragenen stimmführenden Stellvertretung des Bevollmächtigten zum Reichsrat sollte nichts geändert werden, lediglich die noch besondere Bestellung des stimmführenden Bevollmächtigten zum Vertreter bei der Reichsregierung sollte nach dem Vorgehen anderer Länder als überholt zurückgenommen werden. Die außerordentlich umfangreichen Geschäfte des ~~xxx~~ stimmführenden Stellvertreters zum Reichsrat, der seinen früheren Titel behielt, dauerten an.

VIII. Zu S. 443 unten.

"Wie wenig wohl Minister Küchenthal bei der ganzen Sache war, beweist sein Gespräch mit Reichsinnenminister Groener am 1. April in Bad Harzburg. Bei diesem Treffen, das auf Wunsch des ersteren stattfand, ließ sich Küchenthal darüber beruhigen, daß die Reichsregierung wegen des merkwürdigen "Regierungsrats" nichts gegen Braunschweig unternehmen werde."

Eine solche Unterstellung widerspricht in jeder Hinsicht den Tatsachen.

Von einem Unbehagen meinerseits konnte schlechterdings keine Rede sein, weil ich alles, was zu geschehen hatte, vor Vollziehung der Urkunde tat. Wären von einer Reichsstelle nur die geringsten Bedenken geäußert, dann hätte ich als Reichsbeamter die Urkunde nicht vollzogen und sofort mein Amt niedergelegt. Ich habe ja auch nicht etwa um eine Besprechung mit dem Reichsinnenminister in Berlin~~erzucht~~ ersucht, also darum auf dem üblichen Dienstwege über die Gesandtschaft gebeten. Vielmehr habe ich, als ich bei der Goethe-Feier in Weimar, zu der ich von der Reichsregierung eingeladen war und bei welcher ich sowohl vom Reichskanzler Dr. Brüning als auch vom Reichsinnenminister Dr. Groener in das Gespräch gezogen war, vernommen hatte, daß Dr. Groener mit Gattin die Familie eines befreundeten Generals, der meiner Partei angehörte, in der braunschweigischen Kreisstadt Blankenburg a. Harz besuchen wollte, Dr. Groener durch unseren Gesandten die Frage vorlegen lassen, ob ~~er~~ wohl mit Gattin und der befreundeten Familie eine Einladung des Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums zum Besuch unseres Bades Bad Harzburg annehmen würde. Dr. Groener hat sofort akzeptiert. Es liegt hier also ein Akt der Höflichkeit vor, bei dem zugleich auch eine persönliche, hier nicht zu erörternde Note eine gewisse Rolle spielt, ein Höflichkeitsakt, den ich schon früher gegenüber einem sozialdemokratischen und einem demokratischen Minister ebenfalls durch Einladung nach Bad Harzburg beobachtet hatte. ~~Natürlich~~ Natürlich hatte ich ein solches Zusammentreffen begrüßt, weil ich damit Gelegenheit fand, mit Dr. Groener die zahlreichen Divergenzen, die nicht mich oder meine Ressorts betrafen, sondern die er ausschließlich mit dem Nazi-Minister Klagges hatte, der für sein Ressort nach der Verfassung allein verantwortlich war und zu dem ich als Vorsitzenden des Staatsministeriums nicht etwa in einer Art Vorgesetzten- oder Aufsichts-Verhältnis stand, zu erörtern, um nach Möglichkeit für die Zukunft braunschweigerseits solche dem Ansehen des Landes abträgliche Erörterungen, vor allem in der Presse, zu vermeiden.

bei der ich freiwillig gewisse Verpflichtungen übernahm. Wir beide sicherten uns gegenseitig strengste Verschwiegenheit zu. Diese jetzt zu brechen, liegt kein Anlaß vor.

Natürlich verursachte die Bekanntgabe dieser Besprechung, von der ich niemanden zuvor verständigt hatte - ein Vertreter der Nazi-Presse war mir aber schon am frühen Nachmittage auf den Fersen, wie ich überhaupt schon längere Zeit beschattet wurde, auch Auskünfte über meine etwaige Logenzugehörigkeit einholte und auch, allerdings vergeblich versucht hatte, an meinen Haustelesonapparat einen Mithörer anzubringen - Aufsehen in Braunschweig und wurde im Bürgertum und von den ruhigeren Anhängern der Nazi-Partei, die mit Klagges's Geschäftsführung öfters unzufrieden waren, begrüßt.

Daß die Besprechung Erfolg hatte, beweist die darauf folgende völlige Ruhe im Verhältnis von Braunschweig zu Berlin.

Was sollte denn wohl die Reichsregierung wegen des "merkwürdigen Regierungsrats" gegen Braunschweig unternehmen?

Erfreulicherweise lebt noch der frühere Reichskanzler Dr. Brüning. Er wird gebeten werden müssen zu bestätigen, daß die Reichsregierung nach der Weimarer Verfassung nicht legitimiert gewesen wäre, aus diesem Anlaß irgend etwas gegen die Braunschweigische Regierung zu unternehmen und daß selbstverständlich solche Schritte auch niemals in Erwägung gezogen wären. Übrigens hat dieser Vorgang viele Vorläufer. Die frühere Links-Regierung hatte mehrere ältere, erfahrene und tüchtige und auch jüngere tüchtige Verwaltungsbeamte mit den beiden juristischen Staatsexamen aus ihren Diensten entfernt und durch Angehörige ihrer Partei ersetzt, die lediglich ein Parteibuch aufzuweisen hatten. Was Preußen anlangt, so könnte ich auf der Stelle 30 bis 40 Persönlichkeiten namhaft machen, die aus dem Beruf eines Steindruckers, Fahrradreparateurs, eines technischen Angestellten,

bei der ich freiwillig gewisse Verpflichtungen übernahm. Wir beide sicherten uns gegenseitig strengste Verschwiegenheit zu. Diese jetzt zu brechen, liegt kein Anlaß vor.

Natürlich verursachte die Bekanntgabe dieser Besprechung, von der ich niemanden zuvor verständigt hatte - ein Vertreter der Nazi-Presse war mir aber schon am frühen Nachmittage auf den Fersen, wie ich überhaupt schon längere Zeit beschattet wurde, auch Auskünfte über meine etwaige Logenzugehörigkeit einholte und auch, allerdings vergeblich versucht hatte, an meinen Haustelesonapparat einen Mithörer anzubringen - Aufsehen in Braunschweig und wurde im Bürgertum und von den ruhigeren Anhängern der Nazi-Partei, die mit Klagges's Geschäftsführung öfters unzufrieden waren, begrüßt.

Daß die Besprechung Erfolg hatte, beweist die darauf folgende völlige Ruhe im Verhältnis von Braunschweig zu Berlin.

Was sollte denn wohl die Reichsregierung wegen des "merkwürdigen Regierungsrats" gegen Braunschweig unternehmen?

Erfreulicherweise lebt noch der frühere Reichskanzler Dr. Brüning. Er wird gebeten werden müssen zu bestätigen, daß die Reichsregierung nach der Weimarer Verfassung nicht legitimiert gewesen wäre, aus diesem Anlaß irgend etwas gegen die Braunschweigische Regierung zu unternehmen und daß selbstverständlich solche Schritte auch niemals in Erwägung gezogen wären. Übrigens hat dieser Vorgang viele Vorläufer. Die frühere Links-Regierung hatte mehrere ältere, erfahrene und tüchtige und auch jüngere tüchtige Verwaltungsbeamte mit den beiden juristischen Staatsexamen aus ihren Diensten entfernt und durch Angehörige ihrer Partei ersetzt, die lediglich ein Parteibuch aufzuweisen hatten. Was Preußen anlangt, so könnte ich auf der Stelle 30 bis 40 Persönlichkeiten namhaft machen, die aus dem Beruf eines Steindruckers, Fahrradreparateurs, eines technischen Angestellten,

eines Stubenmalers, eines Holzarbeiters, eines Schlossers, eines Westenschneiders, eines Maurers, eines Büroschreibers, eines Metalldrehers, eines Zimmermanns, eines Schmiedes, eines Bauarbeiters, eines Friseurs, eines Formers, eines Feilenhauers, eines Litografen, eines Milchhändlers, eines Maschinenschlossers, eines Klaviermachers, eines Bäckers, eines Schriftsetzers, eines Gärtners, eines Monteurs, eines Mechanikers und dergleichen über Nacht ohne weitere Ausbildung zu "merkwürdigen" Beamten, Regierungsräten, Landräten, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Bürgermeistern von Großstädten, zu Polizeipräsidenten und in anderen höheren Beamtenstellen aufgestiegen sind. Eine solche Personalpolitik in Verbindung mit den Gehaltssenkungen hat begreiflicherweise eine große Unruhe in der Beamtenschaft gebracht und den Nazis großen Zulauf beschert. Man denke auch besonders an die sonstige Unterhöhnung der Polizei!

IX. Die Konferenz der Innenminister der Länder in Berlin am 17. November 1931.

Der Reichsinnenminister Dr. Groener hielt am 17. November 1931 eine Konferenz der Innenminister der Länder in Berlin ab. Er hatte dazu sämtliche Innenminister eingeladen mit Ausnahme des braunschweigischen nationalsozialistischen Ministers Klagges. An seiner Stelle hatte er mich als Vorsitzenden des Staatsministeriums eingeladen, und mich durch den Gesandten wissen lassen, daß Klagges der Zutritt zur Versammlung verwehrt werden würde. Er ließ mich zugleich bitten, dafür Sorge zu tragen, daß möglichst Komplikationen vermieden würden. Klagges war ungeheuer aufgebracht. Er forderte von mir, daß ich ihn um meine Vertretung ersuchen solle, oder, falls mir das nicht genehm sei, daß das Staatsministerium die Form der Einladung als einen Affront gegen den braunschweigischen Innenminister ansähe und deshalb überhaupt nicht vertreten sein würde. Ich lehnte beides ab und nach längeren Verhandlungen gelang es mir, Klagges äußerlich zu beruhigen. Vergessen hat natürlich Klagges diese persönliche Ausladung nie. In der Sitzung herrschte,

worüber natürlich das für die Öffentlichkeit bestimmte Communiqué nichts brachte, einmütig die Auffassung, daß derzeit an ein Verbot der Nazi-Partei, es sei denn bei offener Rebellion, nicht zu denken sei, daß aber wohl an ein Verbot der SA und SS gedacht sei.

X. Verbot des "Volksfreundes". (Blatt der SPD in Braunschweig)

Der Nazi-Innenminister Klagges in Braunschweig hatte das Erscheinen des Volksfreundes für eine bestimmte Zeit verboten. Der Reichsinnenminister kürzte dieses Verbot ab. Dagegen erhob Klagges beim Reichsgericht Einspruch und verbot dem Verlage des Volksfreundes ausdrücklich das Wiedererscheinen bis zur gerichtlichen Entscheidung des 4. Strafsenats beim Reichsgericht (31.10.1931). Am 11. November 1931 hat der Reichsinnenminister dieses Klagges'sche Verbot wieder aufgehoben.

Der Volksfreund hatte auch Klage gegen den Braunschweigischen Staat - Innenministerium - erhoben, in welcher dieses unterlag. In welcher Form er die richterlichen Urteile behandelte und wie sehr er den Richtern, die an den für den Volksfreund obsiegenden Urteile mitwirkten, sein Unterliegen im Prozeß nachtrug, ist aus folgendem Vermerk ersichtlich.

XI. Ich hatte die Absicht, zwei tüchtige Richter, nämlich den Oberlandesgerichtsrat Heymann und den Oberlandesgerichtsrat Heusinger, mit besonderen richterlichen Funktionen zu betrauen. Der von mir bereits gezeichnete Entwurf der Verfügung wurde von Klagges nicht mitgezeichnet.

Er schrieb mir dazu zurück:

"Herrn Minister Dr. Küchenthal.
Die Verfügung, die Oberlandesgerichtsräte Heymann und Heusinger betr., habe ich nicht mitzeichnen können, weil

1. Heymann Jude ist
und

2. Heusinger an dem Urteil des Volksfreunds (SPD) gegen Staat teil hat, das nach meiner Ansicht die notwendigste Sorgfalt in der Feststellung der entscheidenden Tatsachen vermissen läßt.

Ergebenst Klagges 6.1.1933."

(Klagges war nicht Jurist sondern Mittelschulkonrektor.)

XII. Weil der Nazi-Fraktionsvorsitzende im Landtage am 12. Februar 1932 erklärt hatte, daß bislang an sie das Verlangen, Hitler zum Professor an der Technischen Hochschule zu ernennen, nicht herangetragen sei, daß aber, falls solches geschähe, sie unter allen Umständen die Ernennung auch durchsetzen würden, habe ich später den damaligen Landtagspräsidenten Zörner befragt, ob die Fraktion damals wirklich noch keine Kenntnis gehabt habe oder ob der Fraktionsvorsitzende nur noch nicht den Schleier hätte lüften wollen. Zörner hat mir geantwortet, daß bei den Koalitionsverhandlungen die Einbürgerung Hitlers zu gegebener Zeit als etwas ganz selbstverständliches behandelt sei, Dr. Roloff habe nach seiner Art kurz genickt und hinzugefügt: "Mal sehen, was sich machen läßt.", daß aber die Parteileitung oben zunächst die Absicht gehabt habe, in Braunschweig nochmals eine große Parteiversammlung stattfinden zu lassen. Klagges habe aber die Parteileitung davon überzeugt, daß es ihm ganz allein gelingen würde, Hitler die Professur zu verschaffen, weil die Technische Hochschule zu seinem Ressort gehöre.

XIII. Zu S. 432 Anm. 57 Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Braunschweig.

Nachdem ich es bereits abgelehnt hatte, die Urkunde über die Ernennung Hitlers zum a.o. Professor an der Technischen Hochschule mitzuzeichnen, und die Angelegenheit als eine

rein politische dem Fraktionsvorsitzenden übergeben hatte, wurde ich von einem Professor der Hochschule durch Fernsprecher befragt, ob es zutreffend sei, daß im Staatsministerium erwogen würde, Hitler zum Professor an der Technischen Hochschule zu ernennen. Ich habe darauf erwidert, daß ich darüber keine Auskunft geben könnte. Ich war dazu in dem Stadium auch gar nicht befugt. Ich gab anheim, weil ich nicht der zuständige Minister sei, daß Rektor und Senat mit einer solchen Frage sich an Minister Klagges schriftlich wenden oder noch besser durch eine Abordnung persönlich bei Klagges vorstellig werden sollten. Als ich die Antwort bekam, daß die Hochschule von Klagges doch keine Antwort erhalten würde, erwiderte ich, daß sie sich dann an das Staatsministerium wenden könne, von dem sicherlich eine Antwort gegeben würde, deren Inhalt ich natürlich nicht im voraus bestimmen könne. Im übrigen wies ich darauf hin, daß es etwas eigenartig und keineswegs üblich sei, eine solche Frage seitens der Hochschule, die verwaltungsmäßig doch zum Ressort des Volksbildungsministers Klagges gehörte, auf telefonischem Wege zur Klärung zu bringen. Mir ist nicht bekannt geworden, daß die Hochschule den von mir vorgeschlagenen Weg beschritten hätte. Aber der Bericht der Süddeutschen Zeitung zeigt, daß es doch wohl an der Zivilcourage gefehlt hat. Klagges wußte natürlich ebenso wie ich, daß die Hochschule mit einer Professur Hitlers dort nicht einverstanden war. Deshalb verwies er in seinem Auftrage an den zuständigen Referenten auf die Satzung der Hochschule.

XIV. Zu S. 442 Anm. 91.

Nach Helmut Heiber, Adolf Hitler, eine Biographie. Berlin 1960 S. 72 hat Hitler seinen Vorgesetzten, den Gesandten Boden, zur Vereidigung im Hotel Kaiserhof antreten lassen (übernommen aus Görlitz und Quint, Hitler, S. 335).

Hier handelt es sich um eine Malice schlimmster Art, die schmutzig und abscheulich zu gleicher Zeit ist, gegenüber dem Gesandten, Exzellenz und Dr. honoris causa Boden, der sich zu einer solchen Handlungsweise niemals hingegen hätte. Exzellenz Boden war eine bedeutende, weltgewandte Persönlichkeit, Bei deren einmaligen 25-jährigen Gesandten-Dienst-Jubiläum der Reichskanzler Dr. Brüning und mit ihm die gesamten Reichsratvertreter sich zu einem gemeinschaftlichen Gratulationsakt zusammenfanden.

Hitler hatte sich zur Gesandtschaft begleiten lassen. Die Braunschweigische Landeszeitung vom 27. Februar 1932, 2. Bl., S. 5, brachte folgende Nachricht:

"Nach Ableistung des Diensteides sprach Hitler seine Freude aus, in dem neuen Amte seine Kräfte dem Dienst des Reiches und seiner Gliedstaaten widmen zu dürfen."

Ob eine solche Erklärung abgegeben ist, ist mir nicht bekannt.

Die Nazis hatten, wie mir später zugerant wurde, erwartet, daß ich mich zur Beeidigung Hitlers wegen ihrer Bedeutung persönlich nach Berlin begeben würde. Ich hatte eine solche Reise nie erwogen!

XV. Anm. 92, S. 443.

Die Angabe von Albert Schwarz, Hitler sei mit der "Aufgabe der Wurstversorgung" betraut worden, wird, so möchte ich glauben, kein Leser ernst nehmen. Sie kann meines Erachtens nur dem Ziele dienen, die am Einbürgerungsakt Beteiligten, die allesamt keine politischen Neulinge waren, und die damaligen ungeheueren schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im ganzen Reich bei ihrer endgültigen Entscheidung, die erst nach reiflichster Überlegung in mehreren Sitzungen erfolgte, berücksichtigten, in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen.

Die Tatsache läßt sich doch nicht aus der Welt schaffen, daß die Arbeitslosigkeit nach dem gefährlichen Choc, den die Wirtschaft durch die Bankenkrise 1931 erlitt, einen katastrophalen Umfang angenommen, so daß wir uns bemühten, durch Bauten und Hereinholung von Aufträgen für die Wirtschaft letztere wieder anzukurbeln. Früher hatte ich zu diesem Zweck zusammen mit der Stadt Braunschweig ein ganz neues Stadtviertel errichten und überall auf dem Lande Beamtenhäuser und Wohnhäuser auf den Domänen erbauen lassen. Die Gesandtschaft hat wiederholt mit bestem Erfolg Aufträge seitens der Reichsbahn, der Reichspost und des Heeres ins Braunschweiger Land geleitet. Der Wohnungsbauminister Lücke hat kürzlich erklärt, daß, wenn man in den Jahren 1928 bis 1930 vorausschauend Städteplanungen geplant hätte, möglicherweise die Massenarbeitslosigkeit zu Beginn der Dreißiger Jahre mit all ihren politischen Folgen wesentlich gemildert worden wäre. Die Schätzungen des Reiches hinsichtlich der Überweisungssteuern stellten sich als fehlsam heraus, so daß Länder und Kommunen, die von früher her schon schwer verschuldet waren, von sich aus für solche Zwecke keine Mittel mehr bereitstellen konnten. Ich hatte mir früher vom Landtag die Ermächtigung geben lassen, für die Lieferung von Maschinen und Lastwagen seitens Braunschweiger Firmen nach Rußland, deren Bezahlung ratenweise in längerer Zeit erfolgen sollte, die Ausfallbürgschaft zu übernehmen. So gewannen die braunschweiger Firmen wieder Aufträge und konnten ihre Betriebe fortsetzen.

XVI. Zur Dokumentation S. 445 u. ff.

Mündlich hatte ich mich gegenüber dem damaligen Minister Klagges noch etwas deutlicher ausgedrückt als meine dienstlichen Ersuchen ersehen lassen. Bei der ganzen politischen Lage im Reich, besonders aber im Land Braunschweig, war ich schlechterdings nicht in der Lage, ein Mehreres zu tun, wenn ich mich nicht in der Öffentlichkeit hätte lächerlich machen wollen. Jedermann, der die damalige Zeit miterlebt hat, wird das mir ohne weiteres bestätigen.

Das Entlassungsgesuch Hitlers aus dem braunschweigischen Staatsdienst zu besorgen, habe ich von Klagges gefordert. Ich weiß, daß er damit außerordentliche Schwierigkeiten hatte, weil die Großen um Hitler ein solches Ansinnen meinerseits für unerhört erachteten. Ich machte aber Klagges darauf aufmerksam, daß ich, wenn ich auch nicht mehr Minister sein würde, unter allen Umständen vermieden sehen wollte, daß Hitlers Erklärungen in Wahlversammlungen von politischen Gegnern irgendwie noch mit seinem Amt als Regierungsrat in Braunschweig in Verbindung gebracht würden.

Ich erklärte ihm, daß ich doch wohl unterstellen dürfe, daß auch er selbst meiner Meinung sei, und verwies ihn darauf, daß auch die Gesandtschaft aus der peinlichen Situation, in die sie durch den dienstlichen Auftrag infolge Hitlers Verhalten geraten sei, befreit werden müsse.

XVII. Daß ich kein Nazi war, wußte derzeit jedermann in Braunschweig.

Der Staatssekretär Dr. Zarden und unser Gesandter Exzellenz Boden leben nicht mehr. Dr. Zarden hat sich selbst das Leben genommen, als er erfuhr, daß er denunziert sei und seine Abholung bevorstand. Beide können also kein Zeugnis mehr ablegen. Daß ich aber meine Pflichten als Reichsbeamter voll erfüllt habe, geht ohne weiteres daraus hervor, daß später mein Urlaub wieder verlängert wurde, daß der Reichskanzler Dr. Brüning und der Reichsinnenminister Dr. Groener^{er} mich später bei Zusammenkünften ins Gespräch gezogen und Dr. Groener mit seiner Gattin und der befreundeten Familie meiner Einladung nach Bad Harzburg gefolgt ist, vor allem aber aus den Briefen des Gesandten Boden an mich vom 3. März 1933 und vom 6. Mai 1933, von denen Abschriften beigelegt sind, aus denen ersichtlich ist, daß ich mich eines guten Ansehens bei der Reichsregierung erfreut hatte und bei dem Staatssekretär Dr. Zarden bis zum Schluß persona grata war.

Der Reichskanzler Dr. Brüning, der mit seiner eidesstattlichen Versicherung 1949 das Entnazifizierungsverfahren Hugenbergs positiv mit folgenden Worten beeinflusste:

"Eine Beteiligung Hugenbergs und des Stahlhelms an der Harzburger Tagung war vom Standpunkt der damaligen Regierung eher zu begrüßen als zu verwerfen."

Wäre die NSDAP allein an der Harzburger Tagung beteiligt gewesen, so bestand die Möglichkeit einer Nachahmung von Mussolinis Marsch von Neapel nach Rom und eines offenen Kampfes mit der Reichswehr und der Polizei, der die Festigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands auf Monate hätte verzögern können."

"würde außer zu dem oben genannten Beweisthema noch darum um Äußerung zu bitten sein, ob er noch in Erinnerung habe, daß er nach Hitlers Einbürgerung keinen Anstand genommen habe, bei Zusammenkünften, so z.B. in Weimar, und besonders auch unmittelbar vor seinem Eintritt in den Reichstagssitzungssaal gelegentlich der Beschlußfassung über das Ermächtigungsgesetz neben dem Gesandten Boden auch mich ins Gespräch zu ziehen. Die Worte, die Dr. Brüning beim Eintritt in den Saal uns beiden zuwarf, werde ich nie vergessen, ich habe sie sofort vermerkt.

Dr. Brüning wird ferner noch um das Zeugnis zu bitten sein, daß im Jahre 1932 die Einbürgerung Hitlers von keiner Seite mehr verhindert werden konnte. Sie wäre entweder von einem neuen Braunschweigischen Landtage oder von einem Landtage der Länder erfolgt, in denen die Nazis die absolute Mehrheit erwarben.

XIX. Bei Rückkehr von Berlin habe ich dem engen interessierten Kreise den Tatsachen entsprechend lediglich mitgeteilt, daß ich dort geklärt hätte, was zu klären ich für notwendig gehalten hätte. Daß man in Einzelfällen von dritter Seite angenommen hat, ich hätte entstandene Schwierigkeiten in Berlin durch Verhandlungen aus dem

Wege geräumt, dafür bin ich nicht verantwortlich.
Ich hatte aber keinen Anlaß, und wegen der Vertraulichkeit meiner Besprechung mit dem Staatssekretär auch gar keine Möglichkeit, solche Auffassung richtig zu stellen.

XX. Es ist richtig, daß Hitler, während er zur Ernennung als Reichskanzler die Einbürgerung nicht benötigte, das Bürgerrecht aber für die Wahl zum Reichspräsidenten besitzen mußte. Es stand vor der Wahl der Reichspräsidenten mit Sicherheit fest, daß alle Parteien außer den Nazis Hitler nicht wählen würden.

Für die Stichwahl gab der Vorsitzende des Landesverbandes meiner Partei nach zuvorigem Benehmen mit mir in einer stark besuchten Parteiversammlung als Parole heraus, daß unsere Partei es auf das schroffste ablehne, irgendeiner Parteidiktatur, sei es die Hitlers oder die eines anderen, in den Sattel zu verhelfen. Ebenso lehne sie ab, alle eigentlichen Machtpositionen des Staates in die Hände einer einzigen Partei zu geben. (Braunschweigische Staatszeitung vom 9.4.1932 "Die Deutschnationalen zur morgigen Wahl".)

Aus dieser Stellungnahme ist klar ersichtlich, daß die Koalition in Braunschweig nur eine Zwangs-Koalition und für Gefälligkeiten für unsere Partei gegenüber den Nazis kein Raum war.

XXI. Alle Beteiligten der Bürgerlichen Einheitsliste haben das beabsichtigte Ziel, die vorzeitige Landtagsauflösung und damit die absolute Mehrheit der Nazis zu verhindern, durch die Maßnahmen der Einbürgerung, die damals ganz sicherlich der Auffassung der Mehrheit des deutschen Volkes nicht widersprach, erreicht.

Für das Ermächtigungsgesetz, das dann die Möglichkeit einer völligen Umgestaltung der Länderverfassungen schaffte, sind sie nicht verantwortlich.

Die Beteiligten haben es zugleich verhindert, daß die Gegner der Nazis, die sich nicht nur auf der Linken sondern in ganz erheblichem Umfang auch in der Mitte und auf der Rechten befanden, von den Nazis so behandelt wurden, wie sie es nach dem Ergebnis des Klagges-
Strafprozesses nach der sogenannten Machtüber-
nahme erdulden mußten.

A. Kurland

Dr. Ing. e.h. Boden
Gesandter, Wirklicher Geheimer Rat

Berlin W 62, 3. März 1933
Lützowplatz 11
Fernsprecher: B 2 Lützow
2887 u. 3045

An Herrn
Minister Dr. Küchenthal
Braunschweig
Humboldtstr.25

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 2868/62	B. 251770
Rep.	Kat.

Sehr verehrter Herr Minister!

Zu der hier beredeten persönlichen Angelegenheit beehre ich mich Ihnen ganz ergebenst folgendes zu berichten: Ich habe in diesen Tagen Gelegenheit genommen, die Angelegenheit eingehend und vertraulich mit Herrn Staatssekretär Zarden vom Reichsfinanzministerium zu besprechen. Dabei hatte ich insgesamt den Eindruck, daß der Herr Staatssekretär zur Zeit so sehr von dem Bewußtsein der Unsicherheit seines Verbleibs auf seinem jetzigen Posten erfüllt ist, auch die ganze weitere Entwicklung der politischen Lage als so unsicher betrachtet, daß er sich enthalten möchte, einen bestimmten Rat zu der vorliegenden persönlichen Angelegenheit zu geben oder sich irgendwie dazu verbindlich für das Reichsfinanzministerium im Augenblick zu äußern. Wenngleich von vornherein die Sache von mir gegenüber dem Staatssekretär in dem hier beredeten Sinne dargestellt wurde, gab er doch sogleich zu erkennen, daß er sich die fraglichen Äußerungen des Referenten, Ministerialrats Giese, nicht so ohne weiteres zu eigen machen möchte; er ließ dabei durchblicken, daß der genannte Herr selbstverständlich in guter Absicht leicht dazu neige, solche Fingerzeige zu geben. Seine, des Staatssekretärs, Auffassung sei aber die, daß man jedenfalls in der gegenwärtigen, so unübersichtlichen Zeit von niemanden einen Entschluß über ein etwaiges freiwilliges Ausscheiden aus dem Reichsfinanzdienst erwarten sollte, am wenigsten von einer Persönlichkeit in der Stellung des Ministers, wie bei Ihnen der Fall. Sein Rat an Sie könne daher im Augenblick nur dahin gehen, ohne zwingenden Grund doch für die nächste Zeit keine Brücke hinter sich abzureißen. Sollte etwa die

weitere politische Entwicklung in Braunschweig Sie im Laufe der nächsten Monate vor bestimmte Entschlüsse stellen, so stände er, Zarden, Ihnen jederzeit zu einer Rücksprache darüber gern zur Verfügung, sofern er bis dahin an seiner jetzigen Stelle noch etwas zu sagen habe. Diese Befürchtung, daß seine Zeit im Reichsfinanzministerium recht bald um sein werde, kehrte in den Auslassungen des Staatssekretärs immer wieder.

Im übrigen gedachte der Herr Staatssekretär Ihrer, Herr Minister, bei diesem Anlaß wiederum mit Worten aller Anerkennung und sprach aus, daß für ihn Ihre Anwartschaft auf "bevorzugte Beförderung" im Reichsfinanzdienst außer Zweifel stände. Der Herr Staatssekretär brachte in seinen Auslassungen auch noch zum Ausdruck, daß die Anerkennung für Sie im besonderen Maße Ihrer verdienstvollen und erfolgreichen Tätigkeit als Finanzminister gelte, die auch das Reich durchaus zu würdigen wisse.

Falls es hiernach, Herr Minister, in Ihren Wünschen liegen sollte, daß die Angelegenheit hier demnächst in der einen oder anderen Weise noch weiter verfolgt wird, so bitte ich dafür ganz über mich verfügen zu wollen und darf wohl annehmen, daß dies auf Grund einer weiteren mündlichen Rücksprache geschehen werde.

Mit dem Ausdruck der größten Hochschätzung

Ihr
ganz ergebener
gez. Boden.

Abschrift

25-1770-35

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 2868/62	Besl. Zs 1770
Rep.	Kat.

Dr. Ing. e.h. Boden
Gesandter, Wirklicher Geheimer Rat

Berlin W 62, 6. Mai 1933
Lützowplatz 11

Sehr verehrter Herr Minister!

Die Nachricht Ihres Rücktritts von dem Amt des Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums und des Braunschweigischen Finanzministers hat mich mit aufrichtigem, tiefen Bedauern erfüllt. Ein Bedauern, von dem ich gewiß bin, daß es in weitesten Kreisen unseres Landes lebhaften Widerhall findet, hat doch in diesen ganzen Jahren nicht nur die Führung der Regierung des Landes im Ganzen bei Ihnen in besten Händen gelegen sondern haben Sie es auch verstanden, die zerrütteten Finanzen des Landes wieder zu bessern und zu festigen in einer Weise, die über unser Land hinaus unverhohlene Anerkennung, insbesondere auch beim Reiche, gefunden hat. Voller Befriedigung über diese reichen Erfolge werden Sie sich, sehr verehrter Herr Minister, nunmehr den Aufgaben Ihres neuen wichtigen und verantwortungsvollen Amtes widmen können, zu dem Sie ~~xxx~~ meine allerbesten Wünsche begleiten.

Mit diesen Wünschen ist es mir aber ein Bedürfnis noch ein Weiteres zu verbinden, das ist der Ausdruck meines aufrichtigen und wärmsten Dankes für all das freundliche Interesse und das vielfache, wohlgeneigte Entgegenkommen, das mir von Ihnen sowohl in den Angelegenheiten der Gesandtschaft wie auch persönlich gezeigt worden ist und das dazu beigetragen hat, mir diese Jahre der gemeinsamen Arbeit und eines gemeinsamen großen Erlebens zu einer besonders wertvollen Erinnerungszeit meines amtlichen Lebens zu machen.

Dankbar werde ich namentlich auch aus dieser Zeit stets Ihrer gütigen, mich ehrenden Anteilnahme an meinem Gesandtenjubiläum eingedenk bleiben.

Indem es mir eine besondere Freude sein wird, Sie bei nächster dienstlicher Anwesenheit in Braunschweig an der neuen Stätte Ihrer amtlichen Wirksamkeit persönlich begrüßen zu dürfen, habe ich mit der Versicherung meiner bleibenden größten Wertschätzung die Ehre zu zeichnen

als Ihr ganz ergebener

gez. Boden.

Korr. Dr. Küchenthal m.
Dr. Rudolf Morsey

Bl. 34 - 38

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

20.6.1961

Dr. Rudolf Wörsey

Institut für Zeitgeschichte	
AFSG	
Akt. 2868/6Z	ZS 1770
Rep.	K. v. Ha.

Herrn
Staatsbankpräsident a.D.
Dr. Werner Kuchenthal

(20b) Hedeper / Kr. Wolfenbüttel

Sehr geehrter Herr Dr. Kuchenthal!

Mit verbindlichem Dank bestätige ich Ihnen den Eingang der mir unter dem 25. Mai übersandten Ausführungen zu meiner im Oktober des vergangenen Jahres in den "Vierteljahrheften für Zeitgeschichte" erschienenen Dokumentation "Hitler als braunschweigischer Regierungsrat". Im Interesse der historischen Forschung, der an einer möglichst lückenlosen Biographie Hitlers liegt, ist es zu begrüßen, daß sich aus Ihren Unterlagen noch einige korrigierende und ergänzende Details ergeben, die das Gesamtbild allerdings nur unwesentlich verändern. Da Sie sich seinerzeit nicht entschließen konnten, mir Ihre Unterlagen zur Verfügung zu stellen, trifft der Vorwurf einer "unvollständigen" Dokumentation nur sehr bedingt zu. Ich habe mich bemüht, sämtliche erreichbaren amtlichen Akten (Bundesarchiv Koblenz, Document Center Berlin, Staatsarchiv Wolfenbüttel), zeitgenössische Memoiren, Zeitungen und wissenschaftliche Darstellungen heranzuziehen und auszuwerten. Mehr an Quellen zusammenzutragen, war schlechterdings nicht möglich. In Anmerkung 48 ist ausdrücklich darauf verwiesen, daß es mir nicht gelungen ist, Einblick in Ihre Spruchkammerakten zu erhalten. Ich würde es für erwünscht halten, wenn Sie die wenigen neuen Fakten - in erster Linie Ihre Aufzeichnung vom 13.2.1932 - gelegentlich veröffentlichen würden. In der Anlage habe ich zu einzelnen Punkten Ihrer Ausführung näher Stellung genommen.

Mit verbindlichen Empfehlungen
verbleibe ich
Ihr sehr ergebener

Anlage

Anlage

Zu I.: Zu meinem Thema gehörte weder die Behandlung der "katastrophalen Lage" des Reichs, noch Ihre persönliche Stellung als beurlaubter Reichsbeamter, noch auch die Diskussion Ihrer - von den Historikern anders interpretierte - Ansicht über die angeblich legale Außerkraftsetzung der Weimarer Verfassung, noch auch die Darstellung der Vorgänge um das Ermächtigungsgesetz. Daß die Einbürgerung Hitlers in Prozeßverfahren gegen prominente Nazis nach 1945 nicht zur Sprache gekommen ist, war mir bekannt. Aber gerade deshalb reizte es mich, dieser hübschen Geschichte nachzugehen, die in der bisherigen Literatur allzu kurz behandelt worden ist. Eine Parallele zwischen den Erwägungen der "Ermächtigungsgesetzler" von 1933 bezüglich der Auflösung des Reichstags und denen der braunschweigischen Einbürgerungsspezialisten von 1932 besteht m.E. nicht.

Zu II.: Gehört nicht zu meinem Thema.

Zu III.: Ihre Aufzeichnung vom 13.2.1932 zeigt präziser als bisher bekannt die NS-Initiative (via Klagges). Offenbleibt die Frage, warum trotz Mitteilung an Boden vom 2.2.1932 - daß die Zeitungsmeldungen über eine mögliche Ernennung Hitlers "barer Unsinn" seien - nicht ein entsprechendes Dementi dieser, wie sich bald zeigte, keineswegs so abwegigen Meldung erfolgte.

Die Fixierung (15. statt 18. bzw. 19.2.) des ohnehin mit einem Fragezeichen versehenen Datums der ersten mir zugänglichen Aufzeichnung von Klagges ist zu begrüßen. Die Vorgänge über die Unterredung mit Klagges am 15. und über die Sitzung der Fraktion vom 17.2. waren aus den Akten naturgemäß nicht zu entnehmen.

Zu IV.: Ebenso war Ihr Besuch bei Zarden aus den amtlichen Akten bisher nicht zu belegen. Ich habe inzwischen entsprechende Nachforschungen im Aktenbestand des Reichsfinanzministeriums eingeleitet.

Zu V.: Meine Mitteilung, daß Sie sich mit Frank getroffen haben, stammte von Dr. E.-A. Roloff, der noch weiteres Material über die Vorgänge innerhalb der DNVP- und NSDAP-Fraktion besitzt, das er m.W. in einer größeren Arbeit demnächst ausbreiten wird.

Zu VI.: Die Motive von Heibbs und Schrader für die Einbürgerung Hitlers sind eine willkommene Detailergänzung.

Zu VII.: Die Unterscheidung zwischen Boden als braunschweigischem Vertreter in Berlin und als stimmführender Stellvertreter des Bevollmächtigten zum Reichsrat ist dankenswert, ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß Hitler als "Sachbearbeiter" der Berliner Gesandtschaft und nicht dem Reichsratsvertreter zugeteilt wurde.

Zu VIII.: Die Einzelheiten über das Gespräch mit Groener am 1.4. konnte ich aus den mir bisher zugänglichen Akten nicht entnehmen. Ich werde im Nachlaß Groener nach einer etwaigen Aufzeichnung darüber suchen. Meine Vermutung, daß Ihnen als leitendem Staatsminister und korrektem Beamten bei der "ganzem Sache" allein schon aus formalen Gründen nicht "wohl" war, glaubte ich auf Grund des mir zugänglichen Materials formulieren zu können. Ich nehme gern zur Kenntnis, daß bei Ihnen kein "Unbehagen" bestanden hat. Eine "Unterstellung" im negativen Sinn des Wortes lag und liegt mir absolut fern.

Meine Formulierung von Hitler als "merkwürdigem Regierungsrat" - an die Sie Ausführungen über preußische Personalpolitik knüpfen, die nicht zur Diskussion steht - bezog sich auf die Tatsache, daß in Braunschweig eine ungewöhnliche Beamtenernennung ausgesprochen war, mit der Hitler die für ihn und seine Partei (für die Agitation und die Reichspräsidentenwahl) entscheidend wichtige Einbürgerung erreichte, daß Hitler ferner Gehalt angewiesen wurde, wofür er, wie nachgewiesen, keinerlei Gegenleistung lieferte.

Die von Ihnen in Form einer Frage kritisierte Formulierung von mir, daß Groener nichts gegen Braunschweig "unternehmen" werde, findet sich in Ihrem Brief vom 3.8.1951 an Professor Ritter, in dem Sie schrieben, daß Sie in einer Besprechung mit Groener festgestellt hätten, daß er nichts gegen das braunschweigische Staatsministerium "veranlassen" würde.

Zu IX.: Bezieht sich nicht auf mein Thema.

Zu X.: Desgleichen.

Zu XI.: Desgleichen.

Zu XII.: Die Mitteilung ist als Detail erwähnenswert und war aus den Akten nicht zu entnehmen.

Zu XIII.: Desgleichen.

Zu XIV.: Die falsche Einzelangabe von Görlitz-Quint bzw. Heiber war von mir bereits richtig gestellt worden.

Zu XV.: Desgleichen die Angabe von A. Schwarz.

Ihre Ausführungen betr. Auftragsbeschaffung durch die Berliner Gesandtschaft erwähnen keine von Hitler vermittelten Aufträge - was meine Annahme bestätigt, daß er keinerlei Gegenleistung geliefert hat.

Zu XVI.: Die Mitteilungen bestätigen meine aus den Akten gewonnenen Ergebnisse.

Zu XVII.: Auf Ihre Stellung pro oder contra Nazismus bin ich mit keinem Wort eingegangen. Ich darf nochmals darauf verweisen, daß mir Ihre Spruchkammerakten nicht zugänglich gewesen sind. Die angefügten beiden Briefe von Boden gehören nicht in den Zusammenhang meines Themas.

Was Brüning 1948/49 über Hugenberg aussagte, gehört nicht zum Thema. (Im übrigen sind Brünings zahlreiche nachträgliche Äußerungen nur mit allergrößter Vorsicht zu benutzen).

Ob die Einbürgerung Hitlers 1932 "von keiner Seite mehr verhindert werden konnte", sei dahingestellt. Mir ging es nur um die Vorgänge, die nach verschiedenen vergeblichen Anläufen in Bayern und Thüringen ausgerechnet zu seiner Einbürgerung in Braunschweig geführt haben.

Zu XIX.: Bezieht sich nicht auf mein Thema.

Zu XX.: Die Behauptung, es habe festgestanden, daß nur die Nazis Hitler 1932 zum Reichspräsidenten wählen würden, ist historisch falsch.

Zu XXI.: Ob die durch die Verweigerung der Einbürgerung möglicherweise erfolgende "vorzeitige Landtagsauflösung" in Braunschweig nicht das wesentlich kleinere Übel gewesen wäre, steht dahin. Dem konstruierten Zusammenhang zwischen den Einbürgerungsvorgängen und der Frage des Ermächtigungsgesetzes vermag ich mich nicht anzuschließen. Daß das eigentliche "Verdienst" der Einbürgerung Klagges zukommt, ist unbestritten. Auch dessen Spruchkammerakten waren mir nicht zugänglich.

Br.v.1.12.61 Dr. Morsey
an Dr. Krausnick

Bl. 39

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KOMMISSION FÜR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN
Dr. Rudolf Morsey

BONN/RHEIN 1.12.1961
Schedestroße 9
Tel. 23848

Institut für Zeitgeschichte AM OHV	
Abt. 2868/62	Best. ZS 1770
Kat. v. Hei	

Herrn
Dr. Helmut Krausnick
München 27
Möhlstr. 26
Institut für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte	
Eingep. Nr.	4. Dez. 1961
Tgb.-Nr.	Ra.

*B
vll
R
H
K
H*

Lieber Herr Krausnick!

K

In der Anlage übermittle ich Ihnen, wie neulich besprochen, einen Negativfilm mit einer langen Entgegnung des früheren braunschweigischen Staatsministers Küchenthal, die Ende Mai bei mir einging. Ferner lege ich Ihnen Durchschlag meiner Antwort bei.

Falls Sie die ebenfalls neulich besprochene Edition "Spiegelbild einer Verschwörung" nicht bereits zur Rezension in den VfZ fest vergeben haben, so würde ich Ihnen empfehlen, von Archivrat Dr. Hans Booms in Koblenz eine Miscelle darüber zu bringen. Booms hat, wie ich erfahre, die Publikation kritisch gewürdigt und anhand der im Bundesarchiv vorhandenen Mikrofilme mit den Originalen verglichen, wobei sich etliche Abweichungen - weit über die bei Jacobsen im "Parlament" mitgeteilten hinaus - gefunden haben. Falls Professor Rothfels eine grundsätzliche Besprechung schreiben sollte, wäre es doch evtl. möglich, diesen spezielleren Teil von Booms ebenfalls anzufügen.

*Rothfels
angemessen
VfZ*

*Läpft ein Heißes
Bitter*

*inspiziere
über Samm*

Anlagen

*Dr. Dr. Morsey
"R. Z. 1770/1771"*

KH

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

R. Morsey